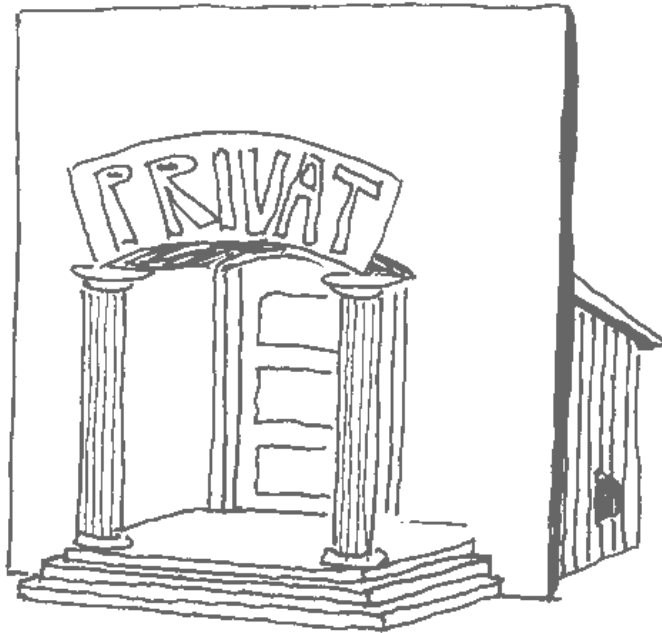


)) Postdemokratie und
Citizenship /

Workshop New Public
Management

Stefan Vater

(Verband Österreichischer Volkshochschulen, Lehrbeauftragter Genderstudien/ Uni Wien)



„NPM bezeichnet ein Bündel
verwaltungspolitischer
Reformstrategien, die
überwiegend von einer
betriebswirtschaftlichen
Interpretation des
Verwaltungshandelns geleitet
werden“

Vgl. <http://www.oel i -ug. at>

Schröter, Eckhard (2005a), Europäischer Verwaltungsraum und Reform des öffentlichen Sektors,
in: Bernhard Blanke / Stephan Bandemer / Frank Nullmeier / Göttrik Wever (Hrsg.), Handbuch
zur Verwaltungsreform, 3. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden (510-519)

)) Postdemokratie und Citizenship / WS NPM

VO Gender und Unterricht

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Das New Public Management (NPM) bzw. Öffentliche Reformverwaltung bezeichnet eine Richtung innerhalb der Verwaltungsreform und Staatsmodernisierung, die auf der Übernahme privatwirtschaftlicher Managementtechniken beruht.

Die Eckpunkte des New Public Management variieren je nach Land und/oder Autor. In Europa fand vor allem in Großbritannien eine besonders radikale Variante des NPM Anwendung (Thatcherismus).

NPM ist weitgehend eine Reaktion auf die „Finanzierungskrise des veralteten Wohlfahrtsstaates“ (Klaus König) und entstammt den 1980er Jahren mit ihrer Dominanz wirtschaftsliberaler Regierungen, insbesondere der Politik Margaret Thatchers und Ronald Reagans, aber auch sozialdemokratischer Regierungen wie in Neuseeland oder Schweden. Viele Reformansätze wurden auch von Nachfolgeregierungen (Tony Blair, Bill Clinton) in wesentlichen Punkten weitergeführt.

VO Gender und Unterricht

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Public choice in economic theory is the use of modern economic tools to study problems that are traditionally in the province of political science.

In particular, it studies the behavior of politicians and government officials as mostly self-interested agents and their interactions in the social system either as such or under alternative constitutional rules. These can be represented a number of ways, including standard constrained utility maximization, game theory, or decision theory.

à Anwendung von RC-Theorie auf Öffentlichkeit/Staatlichkeit

Universalisierter Akteur (gener. ♂)

à eigeninteressiert und rational handelnd,

à seinen eigenen Nutzen maximierend,

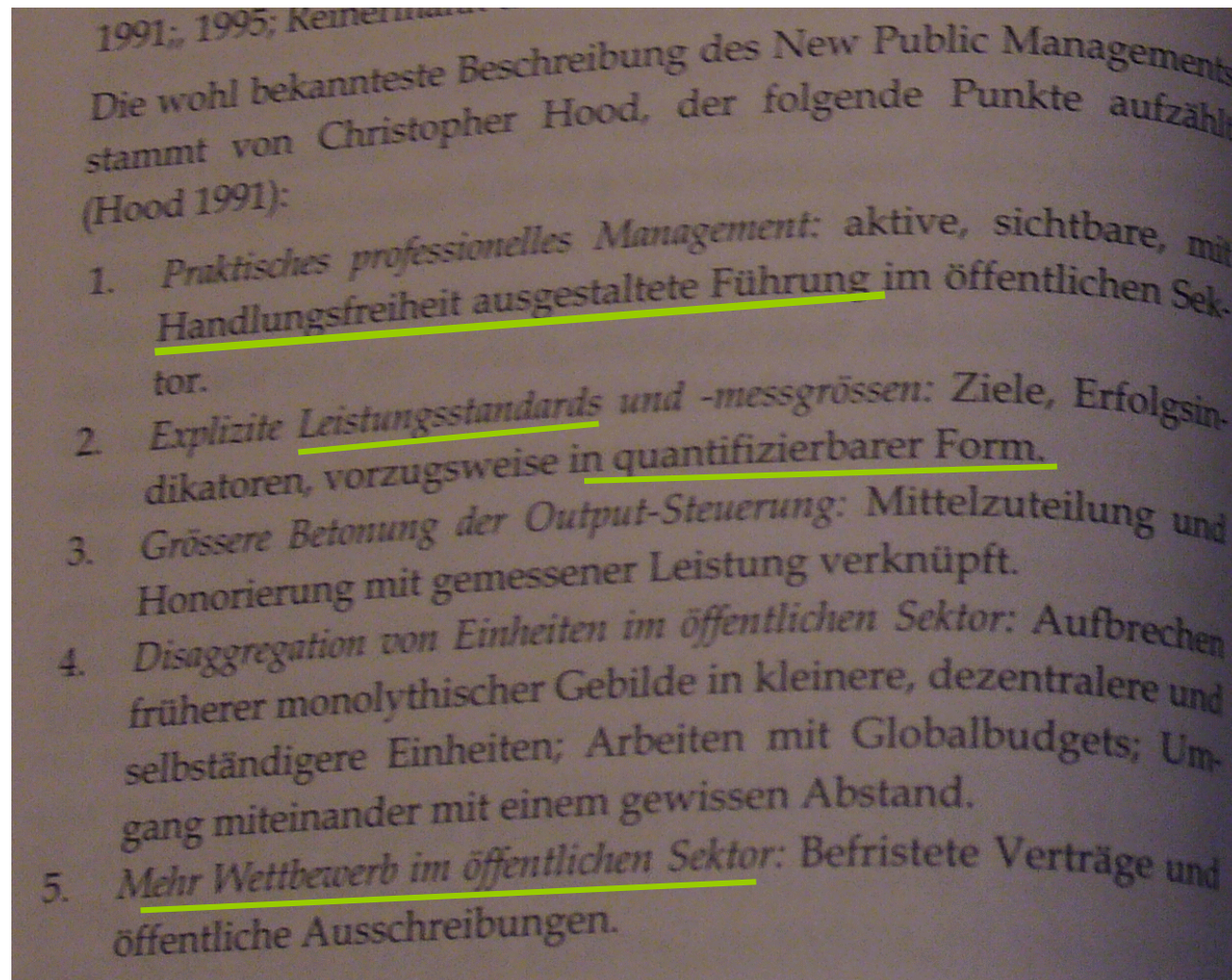
à auf Restriktionen reagierend,

à ausgestattet mit feststehende Präferenzen,

à über (vollständige) Information verfügend,

à entscheidungsfrei.

Schedler/Proellner, NPM, Bern-Stuttgart-Wien 2009,
S. 38f.)



6. *Betonung von privatwirtschaftlichen Führungsstilen: Abrücken von militärisch-hierarchischen Stilen, mehr Flexibilität in Anstellung und Honorierung, mehr PR Techniken.*
7. *Betonung grösserer Disziplin und Sparsamkeit im Ressourceneinsatz: Kostenreduktion, Erhöhung der Arbeitsdisziplin, Widerstand gegen Forderungen der Gewerkschaften.*

Weitere Charakteristika lt. Schedler/Proeller 2009 des NPM:

- Von Input- zu quantitativ kontrollierbarer Outputorientierung
- Von der Bürokratie („Amtschimmel“, „muffige Amtsstube“) zum Markt
- Gewährleistungsstaat (aktivierend zur Verantwortungsübernahme = Empowerment) statt Sozialstaat oder Nachwächterstaat



Grundcharakteristika des NPM:

-Behauptung einer Erhöhung der BürgerInnennähe über KundInnenorientierung^[1] bei gleichzeitiger Betonung der Relevanz von Expertenentscheidungen^[2]

-Einführung von Managementmethoden und quantitativen Effizienzkriterien

-Universalisierung der Knappheitsthese vor dem Hintergrund neoliberaler Staatsmodelle und des RC Akteursmodells

-Einführung von Marktmodellen im Vertrauen auf die Regelungswirkung derselben, Privatisierung

^[1] BM Gehrler formulierte diesen Aspekt beinahe paradigmatisch in der Feststellung: Lehrveranstaltungsevaluation an Universitäten sei der Königsweg demokratischer Beteiligung.

^[2] Zumal die Experten meist auch solche sind braucht es hier kein Binnen I.

Definition Postdemokratie:

„Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentlichen Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.

Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle (...) Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (Crouch Postdemokratie, 10)

Ist Armut weiblich?

In Österreich fallen 1.044.000 Personen unter die Armutsgefährdungsschwelle – Tendenz steigend.
571.000 Frauen sind in Österreich armutsgefährdet, wobei diese mit 14 Prozent stärker betroffen sind. Benachteiligungen am Arbeitsmarkt aufgrund von Geschlecht, Herkunftsland, Ausbildung oder Behinderung führen zu einem erhöhten Armutsrisiko.

Vgl. <http://www.volkshilfe-wien.at/online/page.php?P=100185>

VO Gender und Unterricht

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Neuseeland

Kernpunkte der zentralstaatlichen Modernisierung der Labour-Regierung („Rogernomics“) waren:

- Reform des Budgetierungsverfahren;
- Einführung nicht-kameralistischer Haushaltsmittelbewirtschaftungssysteme;
- Stabilisierung der Rollentrennung zwischen Politik und Verwaltung und zwischen „bestellenden“ und „ausführenden“ Verwaltungseinheiten;
- grundlegende Reform des öffentlichen Dienstrechtes und schließlich
- Auslagerung kommerzieller Aktivitäten der Zentralregierung in öffentliche Betriebe, z.T. auch vollständige materielle Privatisierung der öffentlichen Betriebe unter dem Verbot der Wettbewerbsverzerrung.

Ursache der Staatsmodernisierung war der Beitritt Großbritanniens zur damaligen Europäischen Gemeinschaft. Dadurch verlor Neuseeland seinen wichtigsten Absatzmarkt.

Durch den Verlust der Absatzmärkte verlor die Währung an Wert, die Staatsverschuldung stieg an und auch die Handelsbilanz belastete die Wirtschaft Neuseelands. Mittlerweile wird in Neuseeland - auch unter dem Eindruck des Schick-Reports, einer umfangreichen, vom Staat selbst in Auftrag gegebenen Analyse - vor allem auf die sozialen Kosten und die Entdemokratisierung hingewiesen, die grundlegenden Veränderungen sind allerdings nicht rückgängig gemacht worden.